Vorabend-Blatt

65. Jahrgang. № 448. Freitag, 23. September 1921.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr: In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M.
Anzeigen-Preise: Die 1spaltige 37 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25%. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärt. Aufträge geg. Vorausbezahl. Einzelpreis d. Vorabendblattes 20 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die Koalitionserweiterung nach rechts.

Eine Rede Stresemanns.

Karlsruhe, 22. Sept. Dr. Stresemann hielt im Pforzheimer Ortsverein der Deutschen Volkspartei eine Rede über die Reichspolitik. Er verurteilte das Vorgehen des Reichskanzlers Dr. Wirth in der Streitfrage mit Bayern und mißbilligte dabei besonders die Verlesung des Weismannschen Berichtes im Verfassungs-Ausschuß. Seine Partei stehe auf dem Boden der Weimarer Verfassung. Notwendig sei nach innen und außen eine breite Regierungsbasis. Auf die Frage, ob er zu einem Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratischen Partei bereit sei, antwortete er mit einem glatten Ja. Anstatt zu sagen: Hie Rechtsblock! Hie Linksblock! sollte man den Gedanken propagieren: Volksgemeinschaft aller. Wir müssen, sagte der Redner, eine Arbeitsgemeinschaft mit der Sozialdemokratie schließen. Er freue sich über den Beschluß der Sozialdemokratie auf dem Görlitzer Parteitage, der den Weg für eine Verständigung in Preußen und im Reiche öffne, sowie ferner über die Absage der Mehrheitssozialdemokratie an die radikale Linke. Wir kommen nicht zu gesunden Verhältnissen, wenn jeder nur an seine Partei denkt, sondern nur, wenn wir uns zu gemeinschaftlicher Arbeit zusammenschließen. Die Reichstagsfraktion hat mir zu dieser Zusammenarbeit ihre Unterstützung zugesagt.

Die Umbildung der preußischen Regierung.

Berlin, 22. Sept. In bezug auf die Umformung der Regierung will man, wie verlautet, zunächst Preußen den Vortritt lassen, indem man hier die Deutsche Volkspartei und die Sozialdemokraten aufnimmt. Im Reiche dagegen wäre, wie erklärt wird, eine Aufnahme der Deutschen Volkspartei vor Lösung gewisser außenpolitischer Fragen nicht zweckmäßig. Stegerwald hat bei Dr. Porsch angefragt, ob er gewillt wäre, das preußische Ministerpräsidium zu übernehmen. Porsch zeigte später Abneigung, für diesen Posten zu kandidieren. Stegerwald selbst hat, wie bereits bei der letzten Regierungsbildung, nachdem er sich nicht einmal als Landtagskandidat hatte aufstellen lassen, die Absicht, ganz aus der Regierung herauszugehen und sich wieder den christlichen Gewerkschaften zu widmen. Von einer Ausschiffung Stegerwalds aus dem Kabinett kann jedenfalls nicht gesprochen werden. Nach dem „Lokalanz." wird er nur beim Vorliegen ganz besonderer Notwendigkeiten in der Regierung verbleiben, dann aber keineswegs als Ressortminister, sondern höchstens als Ministerpräsident. Eine Berufung ins Kultusministerium ist schon deshalb ausgeschlossen, weil das Zentrum hierfür nicht in Betracht kommt.

Das voraussichtliche bayrische Kabinett.

München, 22. Sept. Die neue Regierung in Bayern wird sich nicht viel vom Kabinett Kahr unterscheiden. Es wird als ziemlich sicher angenommen, daß vom Kabinett Kahr wieder zurückkehren werden: von der Bayrischen Volkspartei Kultusminister Matt, Finanzminister Krausneck, Sozialminister Oswald und Staatssekretär des Innern Schweyer, vom Bayrischen Bauernbund Landschaftsminister Wutzelhofer und von der Deutsch-Demokratischen Partei Handelsminister Hamm. Gehen die Bayrische Mittelpartei und die Deutsche Volkspartei aus der Koalition heraus und machen sie die Regierungsbildung nicht mit, dann wird der Posten des Justizministers frei und wird den Demokraten zufallen. Dann würde auf den früheren Justizminister Dr. Müller-Meiningen zurückgegriffen werden.

Dr. Hieber in Berlin.

Der württembergische Staatspräsident Dr. Hieber ist zu Besprechungen nach Berlin abgereist.

Verschiebung der Sitzung des Ueberwachungs-Ausschusses.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 22. Sept. Die für morgen anberaumte Sitzung des Ueberwachungsausschusses des Reichstages ist auf Sonnabend vormittag verschoben worden. Der Ausschuß wird sich mit der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten und dann mit den Verhandlungen mit Bayern beschäftigen.

Aufhebung der Ueberwachungskommissionen

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Rotterdam, 22. Sept. Die „Times" meldet aus Paris, daß alle alliierten Kabinette mit Ausnahme Frankreichs sich für die Aufhebung der Ueberwachungskommissionen in Deutschland zum 1. Januar ausgesprochen haben.

Rotterdam, 22. Sept. „Daily Expreß" meldet aus Brüssel, daß auch die italienische Regierung dem belgischen Vermittlungsvorschlag zur beschleunigten Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen gegen Deutschland zugestimmt habe.

Annahme der Steuerresolution in Görlitz.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Görlitz, 22. Sept. Die Verhandlungen werden um 9¼ Uhr wieder eröffnet. Die Debatte über Steuerfragen, Wirtschaftsfragen, Rechtsfragen, Schulfragen usw. im Anschluß an den Bericht der Reichstagsfraktion geht weiter.

Franz (Chemnitz) befürwortet einen Antrag betreffend Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechtes. — **Hirdes** (Hagen) empfiehlt Herbeiführung eines Volksentscheides zur Erfassung der Goldwerte.

Abg. **Keil** wendet sich in seinem Schlußwort gegen einen Abänderungsantrag Loeb zu seiner Steuerresolution, wonach u. a. Fundamentierung der schwebenden Schuld verlangt wird, da es nicht möglich sei, 215 Milliarden schwebender Schuld in konsolidierte Anleihen zu verwandeln.

In der Abstimmung wird

die Steuerresolution Keil angenommen

unter Ablehnung des Antrags Loeb. Damit sind die zahlreichen anderen Steueranträge erledigt. Angenommen wird ferner die Resolution Radbruch zu den Justizfragen unter Ablehnung des Antrags Kaun, der Schulantrag Hellmann (gegen konfessionelle Schule) und die Resolution Georg Schmidt betr. die Ernährungsfragen. Zahlreiche Anträge werden der Fraktion überwiesen. Angenommen werden noch Anträge betr. Sozialisierung des Bergbaues und der Elektrizitätswirtschaft, Trennung von Kirche und Staat. Die Anträge über Fehrenbachs Pension und zur Abstinenzfrage wurden abgelehnt. Die Anträge betr. Erklärung des 1. Mai und des 9. November zu gesetzlichen Feiertagen werden angenommen. Der Antrag Loeb betr. Bildung eines Reichskommissariats gegen Steuerhinterziehung wird mit überwältigender Mehrheit abgelehnt.

Darauf referierte **Hermann Müller** über

die Wirkung des Versailler Friedensvertrages auf die innere und äußere Politik Deutschlands.

Einleitend dementierte Müller die Nachrichten Berliner Blätter über eine Umbildung der Reichsregierung, und bezeichnet es als Schwindel, daß die Sozialdemokratie beschlossen habe, den Reichskanzler fallen zu lassen, um darauf ihrerseits den Kanzlerposten zu erhalten, während sie den Posten des Reichstagspräsidenten an das Zentrum abtreten wollte. Ich erkläre, so bemerkt Müller, alle diese Berichte Wort für Wort für unwahr. Die Berliner Presse täte besser, sich mit der Frage zu beschäftigen: Was will und wird der Besitz zahlen, wenn die Steuerreform kommt?

Deutschland werde mindestens 50 Jahre an den Folgen des Krieges zu leiden haben. An dem Versailler Frieden hätte noch niemand Freude empfunden, auch die Sieger nicht. Professor Keynes hat darauf aufmerksam gemacht, daß Deutschland zwei Drittel seines ganzen Einkommens zur Erfüllung des Ultimatums hergeben müsse und daß spätestens im August 1922 Deutschland mit seinen Zahlungsmöglichkeiten zu Ende sein werde.

Trotzdem müssen wir die Atempause zur teilweisen Erfüllung unserer Verpflichtungen benutzen.

Das Bürgertum scheint in bezug auf die Devisenspekulation nur noch auf ein Ultimatum zu reagieren, sei es ein solches der Entente oder der Sozialdemokratie. Die oberschlesische Frage muß schleunigst gelöst werden. Der politisch erzogenen Sozialdemokratie ist es zu danken, daß wir vom Bolschewismus nicht überflutet worden sind. (!) Niemand hat es uns gedankt. Unsere Wirtschaftsverhältnisse zwingen uns, die ganze Welt tot zu konkurrieren, und schon das sollte zu einer Revision des Ultimatums führen. Normal werden die Verhältnisse so lange nicht, bis Deutschland und Rußland noch nicht wieder in den Weltverkehr eingeschlossen sind. Für die nächste Zeit ist uns keine aktive Außenpolitik möglich. Wäre das deutsche Volk noch kräftig genug, eine Politik Helfferich zu tragen, dann wäre Oberschlesien längst ungeteilt bei Polen. (!) Scharnhorst und Gneisenau hätten 1813 niemals Heere auf die Beine gebracht, wenn sie im Lande herumgereist wären und großmäulige Reden gehalten hätten. Der Berliner Frontkämpfertag ist systematisch inszeniert worden. Man hat sogar an den „gekrönten Deserteur" (!) in Doorn ein Telegramm bestellt, und er telegraphierte zurück, ganz wie früher. Wir haben ja die Ueberzeugung, daß dieser „Hans Narr" persönlich unschädlich ist, aber es schadet dem deutschen Volke, wenn Tausende bei solchen Gelegenheiten „Heil Dir im Siegerkranz" singen. Die Regimentsfeiern wirken nach außen wie Kontrollversammlungen, und wir müssen uns diese alberne Soldatenspielerei energisch verbitten. So lange der nationalistische Geist sich bei uns breit macht und das Ausland nicht überzeugt ist, daß das neue Deutschland innerlich pazifistisch ist, wird es keine Revision des Friedensvertrages geben.

Wir müssen wieder eine starke geschlossene Internationale der Arbeiter haben. Die Hohenzollern gehören der Geschichte an und sollten sich endlich einen nützlichen Beruf wählen. Deutschland kann nur als Republik leben. Eine deutsche Monarchie ist in einem Völkerbunde undenkbar. Der heutige Völkerbund entspricht keineswegs unseren Idealen. Er muß zu einem Weltparlament werden, und vor allem muß man ihn entpolitisieren. (Lebhafter Beifall.)

Schluß 1 Uhr. Damit sind die Verhandlungen für heute beendet. Nachmittags findet der Ausflug nach der Landeskrone statt.

Zusammentritt des amerikanischen Kongresses.

Washington, 22. Sept. Der Kongreß ist wieder zusammengetreten. Präsident Harding hat ihm den deutschen, den österreichischen und den ungarischen Friedensvertrag übersandt. Senator Lodge, der republikanische Führer, hatte mit Harding eine Besprechung. Dem Vernehmen nach wurde vereinbart, die Verträge an den Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten zu verweisen, dessen Vorsitzender Lodge ist. (W. T. B.)

Amerika und der Völkerbund.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Genf, 22. Sept. Zeitungsvertreter erklären, daß Präsident Harding nicht mehr an die Schaffung einer neuen Völkervereinigung denke, weil er sich von der Abrüstungskonferenz große Erfolge verspricht, und man habe im allgemeinen den Eindruck, daß Amerika dem Völkerbund nicht mehr so feindlich gegenübersteht wie vor einem Jahre.

Die Landwirtschaft und die neuen Vermögenssteuern.

Von Dr. Roesicke, Vorsitzender des Reichslandbundes, M. d. R., M. d. v. N. W. N.

Der Schwerpunkt der Steuergesetzgebung des Reiches liegt seit geraumer Zeit in der direkten Besteuerung des Einkommens und insbesondere des Vermögens. Erst in zweiter Linie wird der Verbrauch zur Deckung der finanziellen Bedürfnisse des Reiches herangezogen. Dieses Bild bieten uns auch die von der Reichsregierung veröffentlichten neuen Steuergesetzentwürfe. Den Hauptteil des Steuerbuketts der Regierung bilden die Gesetzentwürfe zur Besteuerung des Vermögens und des Vermögenszuwachses. Dabei birgt aber die vorliegende „zweite Auflage" der Reichsvermögensbesteuerung dieselbe Tendenz wie die erste vom Jahre 1919. Es wird mit der Besteuerung neben dem Versuch, die finanziellen Bedürfnisse des Reiches zu decken, zugleich die andere Absicht verfolgt, durch die Steuergesetzgebung schrittweise eine Sozialisierung des Eigentums in die Wege zu leiten.

Der Gedanke, die Steuergesetzgebung einer schrittweisen Beseitigung des Privateigentums dienstbar zu machen, tauchte gleich in den ersten Entwürfen auf, von denen die Oeffentlichkeit erfuhr. Die in dieser Richtung sehr weitgehenden Pläne des Reichswirtschaftsministeriums auf Besteuerung der sogenannten „Goldwerte" schienen freilich vorerst beiseite gestellt zu sein, weil sie, auf völlig imaginären Grundlagen fußend, sich überhaupt nicht als im Ernst diskutabel erwiesen. Gold und solche Gegenstände, die den stabilen Wert wie das Gold selbst haben, — kaum Edelsteine und Perlen würden diesem Begriff völlig gleich kommen — können aber nur solche Vermögenswerte darstellen, deren Ertrag auch wirklich in Gold gezahlt wird. Solche Vermögensstücke gibt es aber in Deutschland heute überhaupt nicht. Trotz der Ablehnung dieser Pläne haben aber die innerhalb der Reichsregierung maßgebenden Stellen den unmittelbaren Sozialisierungsgedanken aus ihren Steuergesetzvorlagen offenbar noch nicht ausgeschaltet. Die Landwirtschaft muß jeden Versuch zur allmählichen Verwirklichung dieses Gedankens unbedingt ablehnen, will sie sich nicht selbst vernichten. Nun scheint man den Anfang bei der Industrie machen zu wollen, indem man eine Beteiligung des Reiches an den in Gesellschaftsform betriebenen Unternehmungen durch die sogenannte Kapitalisierung der Körperschaftssteuer herbeizuführen sucht. Die Landwirtschaft soll dafür nach den bisher vorliegenden Mitteilungen in der Presse mit einer „ablösbaren" Reichsgrundsteuer belastet werden. Der Abdruck ablösbar läßt vielleicht darauf schließen, daß hier für die Landwirtschaft etwas ähnliches beabsichtigt ist, wie für die Industrie mit der „Kapitalisierung" der Körperschaftssteuer. Jeden Versuch, irgendwo den Anfang mit einer versteckten Sozialisierung zu machen, wird die Landwirtschaft mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln bekämpfen. Sie wird daher auch gegen einen Gesetzentwurf zur teilweisen Verstaatlichung des Gewerbes entschieden Stellung nehmen, weil nach der Durchführung einer Beteiligung des Reiches an der Industrie unbedingt die Antastung des Privateigentums in der Landwirtschaft folgen muß.

Neuerdings sucht ein Antrag Wissell, der im Plenum des Reichswirtschaftsrates verhandelt wird, auf die Besteuerung dieses imaginären phantastischen Goldwertes zurückzugreifen. Seifenblasen, die zerplatzen, wenn man sie berührt! Das Verfolgen solcher Gedanken führt immer mehr in die Verwirrung hinein, aus der das wirtschaftliche Leben bei uns sich herausarbeiten muß, soll es nicht zugrunde gehen.

Schon die vorliegenden Gesetzentwürfe zur Besteuerung des Vermögens enthalten Bestimmungen, denen offensichtliche Sozialisierungsabsichten innewohnen. Dies ist vor allem bei dem in allen drei Gesetzentwürfen wiederkehrenden Grundsatz der Fall, daß das Grund- und Betriebsvermögen nach dem gemeinen Wert veranlagt werden soll. Diese Vorschrift wird noch dadurch verschärft, daß die Festsetzung der Bewertungsgrundsätze ganz in die Hände des Reichsfinanzministers gelegt werden soll. Denn die Bestimmung, daß vor dem Erlaß der Bewertungsgrundsätze für den Notopferzuschlag die Vertreter der verschiedenen Berufsgruppen „gehört" werden sollen, ist nach den bisher mit dieser Methode gemachten Erfahrungen ziemlich wertlos. Wenn der Entwurf des Vermögenssteuergesetzes nicht geändert wird, so wird es in der Praxis darauf hinauslaufen, daß ein der schwankenden Geldentwertung angepaßter sogenannter „Sachwert" alle drei Jahre nach rein fiskalischen Gesichtspunkten neu berechnet werden wird, ohne die tatsächliche Tragfähigkeit der Betriebe dabei zu berücksichtigen. Der Betriebsinhaber wird dabei als Privatunternehmer allmählich ganz ausgeschaltet; er ist schließlich nur noch das Arbeitstier, das die Abgaben für die Allgemeinheit aufzubringen hat, bis er davonläuft oder dem Staate seinen Grundbesitz zum Kaufe anbietet. Dann wäre der Zweck erreicht, das Privateigentum an Grund und Boden zu beseitigen.

Die Landwirtschaft muß alles daran setzen, daß diese Bestimmungen der Entwürfe, die ihr direkt das Messer an die Kehle setzen, nicht Gesetz werden, sondern daß die landwirtschaftlichen Betriebe mit ihrem tatsächlichen Wert zu den neuen Vermögenssteuern herangezogen werden. Dieser Wert aber ist allein der Ertragswert für das Grundvermögen und der Anschaffungs- oder Herstellungswert für das Betriebsvermögen.

Die periodische Uebertragung der Geldentwertung auf das unbewegliche Vermögen führt schließlich zu dessen Auflösung. Nicht damit wird jedoch das Gleichgewicht in unserem Staatshaushalt hergestellt und nicht durch die immer weitergehende Schaffung neuer Steuern, sondern mit durchgreifenden Maßnahmen zur Steigerung der produktiven Leistungen des gesamten Wirtschaftslebens. Diese Maßnahmen aber liegen zum großen Teil nicht auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung.

Bei den vorgelegten Gesetzentwürfen wird, soweit die Besteuerung der Landwirtschaft in Frage kommt, völlig die gewaltige Belastung außer acht gelassen, die die Landwirtschaft durch die Besteuerung in den Gemeinden, Kommunalverbänden, in den Provinzen und in den Ländern erfährt.